

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 219038/39
Telefax: 888846 ppbn d
Telefax: 210864



Inhalt

Josef Vosen MdB zum Erfordernis der ökologischen Erneuerung der Industriegesellschaft: Der Beitrag, den die Forschungs- und Technologiepolitik leisten muß.

Seite 1

Dr. Norbert Wieczorek MdB zum Umgang mit ökonomischen Problemen der DDR: Hilfen für den Reiseverkehr leisten.

Seite 4

Dr. Klaus Kübler MdB zum 100. Geburtstag von Nehru: Der europäische Führer in Asien.

Seite 5

44. Jahrgang / 222

17. November 1989

Für eine ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft

Zum Beitrag, den die Forschungs- und Technologiepolitik leisten muß

Von Josef Vosen MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Forschung und Technologie des Deutschen Bundestages

I.

Die ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft wird für Jahrzehnte das Leitziel der Politik sein.

Eine Politik, die diese Öko-Orientierung ernst nimmt, muß deshalb eine Politik zur Bewahrung der Erdbewohner und ihres Planeten sein.

Dazu muß die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der internationalen Völkergemeinschaft ihre Beiträge erbringen. Eine öko-orientierte Forschungs- und Technologie-Politik muß hierzu auch in der Bundesrepublik Deutschland Beiträge leisten. Es bedarf der Überprüfung, inwieweit nationale Wohlstandsziele mit der neuen Bedingung „Bewahrung unserer Erde“ noch übereinstimmen.

II.

Forschungs- und Technologie-Politik steht unter dem geltenden Zielkatalog

- Verbesserung der Lebensbedingungen,
- Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und
- Vertiefung des menschlichen Wissens.

Das erstgenannte Ziel ist von uns schon um die „Schonung der Ressourcen und Erhaltung der Umwelt“ erweitert worden. Heute muß es um die „Erhaltung der Menschheit“ erweitert werden.

Wissenschaft und Technik können die zur Lösung der Sach-Probleme notwendigen politischen Entscheidungen selbst nicht ersetzen.

III.

Angesichts des dramatisch „anwachsenden Unwissens“ (1) über die Daseinsbedingungen der Menschheit auf der Erde ist eine Erhöhung der Forschungsanstrengungen vordringlich.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verwirklichter Umgang
mit erneuerbaren Ressourcen
Recycling-Papier



IV.

Forschungs- und Technologie-Politik zur Bewahrung der Erde muß heute mehr als je zuvor Förderung der Vorsorgeforschung sein. Daneben ist eine umweltschonende Industriepolitik ihr zweiter wesentlicher Gegenstand.

Die Fördergebiete Umweltforschung, Gesundheitsforschung, Energieforschung, Forschung zur Ressourcenschonung, Informationstechnik, Technikfolgenforschung müssen die neuen Schwerpunkte bilden (Ziffern V bis XI).

Die Grundlagenforschung aus Bundesmitteln sollte auf einen festen Anteil am Forschungsbudget beschränkt werden.

V.

Umweltforschung (Grundlagen der Ökologie, Klimaforschung, Meeresforschung, Polarforschung, Umwelttechnik sowie die Auswirkungen aller menschlichen Tätigkeiten - Autoverkehr, Luftverkehr und anderes - auf die Umwelt, wie Luft-, Boden- und Wasserbelastung und alle damit zusammenhängenden Einzelfragen) heißt vorrangig auch die Einrichtung eines zentralen Schwerpunktes „Ökologische Wirkungsforschung“. Es müssen alle Produkte und Produktionsverfahren auf ihre Umweltwirkungen untersucht werden. Dies muß ein entscheidendes Betätigungsfeld für die Großforschungseinrichtungen, aber auch andere Forschungsstellen, wie zum Beispiel den TÜV, werden. Zur Finanzierung dieser Wirkungsforschung muß die Industrie beitragen.

Die Wirkungsforschung umfaßt auch die Auswirkungen der chemischen Produktion und den Gebrauch chemischer Produkte aller Art auf unser Leben.

VI.

Gesundheitsforschung umfaßt neben Krebsforschung, Herz-Kreislauf-Forschung, Rheuma und neuerdings auch AIDS auch die Gen- und Biotechnologie sowie große Teile der Humanisierung des Arbeitslebens. Unter dem Gesichtspunkt Gesundheit verspricht die Genforschung und Gentechnologie auf den verschiedensten Gebieten erhebliche Durchbrüche.

Die Rahmenbedingungen für die Gentechnologie sind nach wie vor ungeklärt. Unsere grundsätzlichen Positionen haben wir in Drs. 11/5468 zum Ausdruck gebracht. Auch hier ist eine weitaus höhere Forschungs-Kapazität nötig. Themen sind Virusforschung, Allergieforschung, Erbkrankheiten und anderes.

Im Bereich der Pharmaindustrie und der Landwirtschaft sind Strategien für eine Einpassung in eine umweltschonende Industriepolitik zu entwickeln.

VII.

Das Energiesparen, die Solarenergie und die Kohletechnologie stehen erst am Anfang ihrer technischen Möglichkeiten. Die Forschungsförderung muß sich mit einem neuen Energieforschungsprogramm dieser Bereiche endlich in massiver Form annehmen. Die Großforschungszentren müssen hierbei neue Schrittmacherdienste leisten. Die Energiewirtschaft muß in erheblichem Ausmaß eigene Forschungskapazitäten aufbauen.

Eine Verteuerung des Energiepreinsniveaus ist eine wichtige Voraussetzung für die Wirtschaftlichkeit anderer Energien und somit für eine erfolgreiche Öko-Orientierung der Forschungspolitik.

In der Atomenergieforschung müssen wir nur noch das Endlager herrichten. Nur noch hierfür sind nukleare Forschungsmittel erforderlich. Die atomare Sicherheitsforschung ist daneben beizubehalten.

Diese Ziele müssen wir insbesondere in der Europäischen Gemeinschaft durchsetzen.

VIII.

Die Forschung zur Ressourcenschonung steht ebenfalls erst am Anfang ihrer Möglichkeiten. Die neuen Materialien für Luft- und Raumfahrt, für Verbrennungstechnik, für Supraleitung müssen auf neuen Anwendungsgebieten der industriellen Produktion, zum Beispiel Motorenbau, Karosseriebau, Wohnungsbau etc. eingeführt werden. Auch die Umweltbelastungen durch giftige Schwermetalle erfordern eine erhebliche Ausweitung der Anstrengungen.

Die Forschung zur Ressourcenschonung ist ein weiteres wesentliches Element einer umweltschonenden Industriepolitik.

IX.

Informationstechnik durchdringt jeden Lebensbereich unserer modernen Industriegesellschaft. Der Beitrag der Informationstechnik zur Bewahrung unserer Lebensumwelt ist offensichtlich, soweit sie zur Ressourceneinsparung aller Art beiträgt. Die Gewinne durch genaueres Messen, Regeln, raschere und vollständigere Übermittlung und durch neue Übermittlungsmöglichkeit überhaupt lassen sich nicht vollständig in Zahlen fassen.

Der Beitrag der IT, durch Entlastung von monotonen Tätigkeiten zur weiteren Humanisierung des Arbeitslebens beizutragen, wird wichtiger.

Der Beitrag der IT durch die neuen Anwendungs-Chips ganze Branchen, wie z.B. den Werkzeugmaschinenbau zu revolutionieren (Vorbild Uhrenindustrie), kann zur weltweiten Wettbewerbs-Neuordnung führen (ein anderes Beispiel war auch die Textilindustrie). In der Chip-Entwicklung muß Europa sich die Möglichkeit einer Eigenständigkeit offenhalten. Hierzu dient das JESSI-Projekt (64 Megabit-Chip). Die staatlichen und industriellen Anstrengungen hierbei reichen nicht aus.

Informationstechnik kann der künftige Angelpunkt einer umweltschonenden Industriepolitik sein; die sozialverträgliche Gestaltung der Anwendungen dieser Technik durch Mitbestimmung in allen Arbeits- und Lebensbereichen ist unsere selbstverständliche Grundposition.

X.

In der Weltraumforschung muß der Bau von Raketen und Raumfahrzeugen Sache der Anwender sein. Soweit für Umweltmissionen (Beobachten, Messen, Übertragen) und für Informations-Technik-Missionen (Telekommunikation), für Luftverkehr- und See-Verkehrs-Missionen und für Ernteüberwachung Träger-Raketen und Satelliten gebraucht werden, sollte das jeweilige Besteller-Ressort (ggf. in internationaler Arbeitsteilung) die Verantwortung übernehmen (Post, Verkehr, Umwelt, Landwirtschaft, Wetterdienst, Verteidigung etc.)

Die mit dem langfristigen europäischen Weltraumplan verfolgten Projekte einer Raumfähre Hermes und einer Raumstation Columbus sind in ihrer jetzigen Konfiguration unakzeptabel.

XI.

Technikfolgenforschung findet nicht systematisch und nicht im erforderlichen Umfang statt. Auch der Deutsche Bundestag braucht hier seine eigene Arbeits-Kapazität. Eine Forschungs- und Technologie-Politik zur Bewahrung unserer Erde muß hier neue Maßstäbe setzen und mehr um die Verbreitung der Ergebnisse bemüht sein. Eine öko-orientierte Forschungs- und Technologie-Politik wird eine erhebliche Aufwertung der Wissenschaften vom Menschen einleiten, wie das schon im Godesberger Programm gesagt worden, aber bisher nicht verwirklicht worden ist.

XII.

Die damit inhaltlich umrissene Neuausrichtung der Forschungs-Politik, die in die europäische und internationale Zusammenarbeit einzubringen ist, erfordert auch neue Instrumente:

— Ein „Bundesforschungsförderungsgesetz“, das vorrangig die Schaffung eines über das Haushaltsverfahren hinausgehenden, deutlich erweiterten Mitwirkungsrechts des Deutschen Bundestages bei Programm-Entscheidungen festschreibt.

— Den Ausbau der betrieblichen, unternehmensbezogenen und branchenbezogenen Mitbestimmungsregelungen in Technologiefragen, wie die Sicherung und den Ausbau der Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften in der Wissenschafts- und Forschungspolitik.

— Einen „Technologie-politischen Dialog“, der die Fragen der Weiterentwicklung unserer Gesellschaft unter dem sich verstärkenden und vorseibständigenden Primat der Technik öffentlich diskutiert, und der dabei auch ethische Fragestellungen miteinbezieht. An diesem Dialog sind alle gesellschaftlichen Gruppen zu beteiligen.

— Die Verfolgung paralleler oder sogar widersprechender Forschungsansätze zum selben Thema werden in die Förderung einbezogen, um an Gemeinwohl orientierte Forschung zu sichern.

(-/17.11.1989/va-he/rs)

Hilfen für den Reiseverkehr leisten

Zum Umgang mit ökonomischen Problemen der DDR

Von Dr. Norbert Wiczorek MdB

Noch ist die dramatische Umwälzung, die friedliche Revolution, nicht beendet. Noch ist unklar, welchen Weg in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die DDR einschlagen will. Aber schon überschlagen sich die westdeutschen Ratgeber mit Rezepten, wie denn der DDR zu helfen sei und was sie alles ändern müsse, um dieser Hilfe würdig zu sein. Es besteht die reale Gefahr, daß den Reformkräften in der DDR ein Bärendienst erwiesen wird und daß vorbei an den politischen und ökonomischen Realitäten Wolkenkuckucksheime aufgebaut werden, die den Kern des Scheiterns von vorneherein in sich tragen.

Solange die DDR-BürgerInnen sich selbst noch nicht entschieden haben, wie sie ihren Staat und ihre Wirtschaft neu ordnen wollen, sind grandiose Rezepte wenig sinnvoll.

Was hier und heute geschehen muß, ist, die unmittelbaren Probleme der Öffnung der DDR - sofern die Bundesrepublik damit verweben ist - anzugehen. Der zentrale Punkt hierbei ist die Lösung der Frage der Reisedevisen der DDR-BürgerInnen. Das ungarische Beispiel, jedem/r BürgerIn eine bestimmte Summe in Devisen zur Verfügung zu stellen, hat dort leider zu dem wenig nachahmenswerten Beispiel geführt, daß das Tourismusland Ungarn allein in diesem Jahr US-Dollar 800 Millionen weniger zur Verfügung hat als ursprünglich geplant. Das Problem beruht auch darauf, daß die DM-Ost - sofern es um die Preisstrukturen von Grundbedürfnissen geht - bei einem Kurs von 1:10 eher unterbewertet, dagegen aber auf der Basis der Preisstrukturen für hochwertige Konsumgüter immer noch überbewertet ist.

Es sollte daher so schnell wie möglich eine Vereinbarung mit der DDR über einen Tourismuskurs getroffen werden und für den konkreten Umtausch ein Fond eingerichtet werden. Die DDR könnte die Einnahme aus dem Zwangsumtausch in diesen Fond einbringen, und die Bundesrepublik könnte die Mittel für das sogenannte Begrüßungsgeld hierfür zur Verfügung stellen. Die BürgerInnen der DDR wären somit nicht mehr auf das Begrüßungsgeld angewiesen, sondern könnten aus ihrem DM-Ost-Einkommen ihre Reiseaufwendungen im Westen selbst begleichen.

Entscheidend ist dabei, daß die in der Bundesrepublik eingetauschten DM-Ost nicht von privaten Spekulanten dafür genutzt werden können, in der DDR preiswerte Güter des täglichen Bedarfs, aber auch optische Erzeugnisse, Kunstgegenstände und Antiquitäten, billig zu erwerben. Ganz zu schweigen von spekulativen Grundstücksgeschäften, die - wie man hört - schon angebahnt werden. Sinnvoll ist es daher, die in der BRD eingetauschten DM-Ost bei der Bundesbank oder einem öffentlichen Bankinstitut stillzulegen, wobei dies auf Rechnung der Bundesregierung erfolgen müßte. Diese DM-Ost könnten später vernünftig eingesetzt werden bei der Komplementärfinanzierung von Investitionen in der DDR für die Bezahlung von Aufwendungen, die in der DDR selber entstehen.

Darüber hinausgehende Maßnahmen sind nicht in Hektik sondern in Ruhe zu überlegen. Die DDR-Wirtschaft ist zwar sicherlich in schlechtem Zustand, aber doch in wesentlich besserer Verfassung als in Polen. Die DDR hat zur Zeit auch keine akuten Westschuldenprobleme wie Polen und zunehmend auch Ungarn. Die unabweisbaren Investitionen in Infrastruktur, Wohnungsbau und die Modernisierung der Betriebe machen sicherlich in der Zukunft den Zufluß von umfangreichem Finanz- und Realkapital erforderlich. Doch welche Mischung von privaten und öffentlichen Mitteln bei diesem Kapitaltransfer angeraten ist, hängt entscheidend von den Prioritäten ab, die die DDR selbst bestimmen muß. Zu diesen Prioritäten gehört auch ihre Entscheidung, welche Mischung aus staatlicher und nichtstaatlicher Wirtschaft sie wählt, wie sie das Problem der Dezentralisierung und Verselbständigung der Betriebe, aber auch der regionalen und lokalen öffentlichen Hände, löst. In diesen Bereichen bereits heute von westlicher Seite vorgeben zu wollen, was sie zu tun hat, ist nicht nur materiell verfrüht, sondern negiert und behindert vor allem die gerade sich entwickelnde Selbstbestimmung in der DDR.

(-/17.11.1989/vo-he/rs)

* * *

Der europäische Führer in Asien

Zum 100. Geburtstag von Nehru

Von Dr. Klaus Kübler MdB
Vorsitzender der Deutsch-Indischen Gesellschaft

In diesen Tagen begeht Indien und die Welt den 100. Geburtstag eines großen Staatsmannes. Jawaharlal Nehru war als erster Ministerpräsident der staatliche Gründer und Wegbereiter eines unabhängigen und modernen Indiens.

Nehru wurde Mitte November, exakt am 14. des Monats, 1889 in Allahabad (Indien) geboren. Seine Ausbildung erhielt er in England. Nach Abschluß seines Jura-Studiums schloß er sich dem Freiheitskampf Indiens gegen den britischen Kolonialismus an. Die Begegnung mit Mahatma Gandhi war ein Wendepunkt in seinem Leben. Gandhi erkannte in ihm den Mann, der am besten geeignet war, die indische Kongreß-Partei in dem Kampf um die Unabhängigkeit zu führen. Von 1947 bis 1962 war Nehru Premierminister des freien Indien. Innenpolitisch um einen demokratischen Sozialismus bemüht, betonte er außenpolitisch mit seiner Strategie der Bündnisfreiheit die Unabhängigkeit vom kommunistischen Block wie auch von den paktgebundenen westlichen Demokratien Europas und Nordamerikas.

Nehru war also weder Kommunist noch Kapitalist, sondern demokratischer Sozialist. Er begründete eine relativ stabile rechtsstaatliche, demokratische, föderative und wirtschaftliche Situation in diesem bevölkerungsmäßig zweitgrößten Land der Erde. Auch wesentliche soziale Ansätze wurden gefunden. Daß im sozialen Bereich nach wie vor die größten Defizite bestehen, die meines Erachtens auch letztlich die entscheidenden Ursachen für die äußerlichen Glaubensunruhen sind, ist offenkundig. Die tendenziell eher schwieriger werdenden sozialen Probleme bedeuten deshalb auch zunehmend Gefahren weiterer Glaubensunruhen. Auch der Zusammenhalt Indiens und eine Gewährleistung dafür, daß dieser größte Bundesstaat nicht in Teilen auseinanderbricht, hängt von der grundsätzlichen Lösung der ungeheuren sozialen Probleme ab.

Trotzdem ist Indien dank der Grundlagen, die Nehru schuf, innerhalb der Flächenstaaten Asiens, mit Ausnahme Japans, der Staat mit den relativ stabilsten Grundstrukturen eines demokratischen Rechtsstaates mit jedenfalls bislang prinzipiell sicherheitspolitisch defensiven Charakter.

Nehru war sicher eine der größten, wenn nicht die größte politische Figur der ersten Generation der nach dem Zweiten Weltkrieg unabhängig gewordenen Staaten. Vielleicht gilt das bis heute. Nehru schuf auch den indischen Nationalstaat.

Nehru war sicher auch der europäischste Führer eines asiatischen Landes, weil seine demokratischen, rechtsstaatlichen und sozialpolitischen Grundstrukturen sich an entsprechende europäische Grundstrukturen am ehesten anlehnen. Diese zu verbinden mit traditionellen indischen Situationen ist teilweise gelungen, bleibt aber weiterhin die zentrale Aufgabe indischer Politik.

Noch ein Wort zu seinem Verhältnis zu Deutschland: Seine Beziehung und Liebe zu Deutschland, seinem Volk, seiner Kultur und Wissenschaft, läßt sich aus dem Inhalt seiner Briefe an seine Tochter, Indira, entnehmen, in denen er ihr mehrfach empfiehlt, die deutsche Sprache zu lernen. Gleichzeitig bedauert er sehr, keine Gelegenheit gehabt zu haben, sich selbst diese wertvolle Sprache anzueignen, um damit tiefer in deutsche Literatur und Geist eindringen zu können. Zitat: „Das Deutschland Goethes, Schillers, Immanuel Kants und Beethovens hat unsere Intellektuellen inspiriert, so wie Millionen von Menschen in allen Teilen der Welt.“

Seine Sympathie für das deutsche Volk zeigt seine Enttäuschung als die Nationalsozialisten die Regierungsgewalt in Deutschland übernehmen. Seine Verbundenheit zu den Deutschen und ihrem Land beweist er wiederum als Indien Deutschland als erstes Land nach dem Zweiten Weltkrieg diplomatisch anerkennt. Später in den 60er Jahren sagte er zu Indiens Beziehungen mit Deutschland: „Obwohl unsere politischen und wirtschaftlichen Beziehungen sich erst nach Erlangung unserer Unabhängigkeit entwickelten, hatten wir vorher bereits seit Jahrzehnten eine Fülle von kulturellem Austausch gepflegt.“

Nehru hat sich als überragende politische Persönlichkeit um das unabhängige Indien verdient gemacht.

(-/17.11.1989/vo-he/rs)

* * *